

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Laufzeiten von Atomkraftwerken, die Endlagerung von Atommüll, die Sicherheit von AKW und ausufernde Gewinne der Atomkraftwerksbetreiber sind wichtige Themen die bundespolitisch entschieden werden müssen und nicht in die Zuständigkeit des Rates der Stadt Rheine fallen. Der von Bündnis90/ die Grünen konstruierte Zusammenhang zwischen Investitionen in regenerative Energien in Rheine und Laufzeitverlängerung von AKW teilen wir nicht, denn:

1. Mit dem Energiekonzept der Bundesregierung, welches die Laufzeitverlängerung der AKW vorsieht, wurde keine Änderungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes beschlossen, sämtliche Fördertatbestände gelten weiterhin.
2. Die Bedingungen für sämtliche bereits getätigte Investitionen in regenerative Energien sind unverändert und genießen gesetzlichen Vertrauensschutz für 20 Jahre ab Anlageninbetriebnahme.
3. Das Energiekonzept der Bundesregierung hat als erstes Handlungsziel, dass erneuerbare Energien eine tragende Säule zukünftiger Energieversorgung sind.

Da die kommunalen Spitzenverbände als Interessenvertreter der Kommunen bereits hinsichtlich der Umsetzungsmodalitäten zum Energiekonzept der Bundesregierung tätig geworden sind, sehen wir auch hier keinen gesonderten Handlungsbedarf bei der Stadt Rheine.

Die CDU-Fraktion sieht deshalb keine Notwendigkeit mit einer solchen Resolution wertvolle Verwaltungsarbeitszeit sowohl hier in Rheine wie auch beim Bund zu binden und lehnt die Resolution folglich ab.